

Antrag an den Ausschuss für Gleichstellung:

Das Forschungsprojekt „Vergessene Opfer“ fortführen

Der Ausschuss für Gleichstellung beschließt:

Das Forschungsprojekt des Stadtarchivs zum Gedenken an die verfolgten Homosexuelle und „vergessene Opfer“ soll zunächst um sechs Monate verlängert werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur Ratssitzung am 7. September 2022 einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.

Zum weiteren Projektfortgang wird dann im Rahmen der Beratung zum Haushalt 2023 eine Entscheidung getroffen.

Begründung:

2021 hat der Rat der Stadt Münster mit der Vorlage V/0082/2021/1 einstimmig beschlossen, dass der verfolgten Homosexuellen und der weiteren vergessenen Opfergruppen der NS-Zeit und danach gedacht wird. Damit werden diejenigen Münsteranerinnen und Münsteraner gewürdigt, die während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft als Lesben und Schwule, als Sinti und Roma, als Zeugen Jehovas, Deserteure oder als so genannte „Euthanasie“-Opfer und „Asoziale“ verfolgt und ermordet worden sind. Diese „vergessenen“ Opfergruppen wurden auch während der Nachkriegsjahrzehnte benachteiligt, stigmatisiert und diskriminiert. Daher ist die Forschung zur strafrechtlichen Belangung homosexueller Münsteraner in der damaligen jungen Bundesrepublik ein Teil des Projektes.

Das Projektteam unter Federführung des Stadtarchivs hat zur Verfolgung homosexueller Münsteranerinnen und Münsteraner und weiterer Opfergruppen geforscht. Nach Informationen des Stadtarchivs wurden bisher mehrere hundert vergessene Opfer gefunden. Die Ermittlung der Lebens- und Leideswege ist sehr aufwendig und zeitintensiv. Es bestehen noch mehrere Rechercheaufträge an andere Archive, sodass noch längst nicht alles ermittelt werden konnte. Die dafür erforderlichen Mittel wurden für die Jahre 2021 und 2022 eingestellt. Es ist bereits ersichtlich, dass bis Ende 2022 nicht mal ansatzweise alle vergessenen Opfer ermittelt und dargestellt werden können. Auch der wissenschaftliche Beirat empfiehlt die weitere Fortführung des Projekts. Daher beantragt die CDU-Ratsfraktion, das Forschungsprojekt solange fortzuführen, bis alle notwendigen Recherchen durchgeführt und die vollständige Darstellung der Opfer möglich ist.

Münster, 31. Mai 2022

Gez. Meik Bruns und Fraktion